



# DATENSCHUTZHINWEISE ZU BÜRGSCHAFTEN UND UNTER- NEHMENSKONSOLIDIERUNGEN

Im Folgenden informieren wir Sie nach Art. 13 und 14 der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der Unterstützung von Unternehmen mit Finanzierungsschwierigkeiten. Im Rahmen der Beratung werden auch die ggf. geeigneten Förderprogramme, wie etwa die Gewährung von Bürgschaften, dargestellt und erläutert. Insofern kann sich an die Beratung ein Förderverfahren anschließen, bei dem von den jeweils zuständigen Stellen ggf. weitere Daten zu erheben und zu verarbeiten sind.

## Allgemeine Hinweise

Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen können Sie sich wenden?

### Verantwortliche Stelle:

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie  
Prinzregentenstr. 28  
80538 München  
Postanschrift: 80525 München  
Telefon: 089 2162-0  
Telefax: 089 2162-2760  
E-Mail: [info@stmwi.bayern.de](mailto:info@stmwi.bayern.de)

### Kontaktdaten des zuständigen Datenschutzbeauftragten:

Datenschutzbeauftragter  
Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie  
Prinzregentenstr. 28  
80538 München  
Postanschrift: 80525 München  
Telefon: 089 2162-2395  
E-Mail: [datenschutz@stmwi.bayern.de](mailto:datenschutz@stmwi.bayern.de)

## Welche Daten werden verarbeitet?

Verarbeitet werden personenbezogene Daten (Art. 4 Nr.1 DSGVO), die von Ihnen im Rahmen der Beratung an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) übermittelt werden. Solche personenbezogenen Daten können z. B. Namen, Adress- bzw. Kontaktdaten oder Legitimationsdaten (z. B. Ausweisdaten) sein. Für die konkrete Beratung sowie für die Umsetzung und Abwicklung von Förderverfahren sind darüber hinaus regelmäßig weitere Unternehmensdaten erforderlich, z. B. Jahresabschlüsse, Banken- bzw. Sicherheitspiegel, Liquiditätsplanung sowie Sanierungsgutachten.

Darüber hinaus werden im Bedarfsfall personenbezogene Daten verarbeitet, die das StMWi aus öffentlich zugänglichen Quellen (z. B. Grundbücher, Handels- und Vereinsregister, Bundesanzeiger, Presse, Medien) zulässigerweise gewonnen hat und die im Rahmen der Aufgabenerfüllung (Beratung und Unterstützung von Unternehmen mit Finanzierungsschwierigkeiten) erforderlich sind.

## Auf welcher Rechtsgrundlage und wofür werden Ihre Daten verarbeitet?

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten ergibt sich aus Art. 4 Abs. 1 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c und e DSGVO.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 4 Nr. 2 DSGVO) erfolgt im Rahmen der Beratung und Unterstützung von Unternehmen mit Finanzierungsschwierigkeiten auf Grundlage der relevanten Förderrichtlinien und der haushaltsrechtlichen Vorschriften.

## Wer erhält Ihre Daten?

Innerhalb des StMWi erhalten diejenigen Stellen Ihre Daten, die diese zur Erfüllung der konkreten Beratung und der gesetzlichen Verpflichtungen benötigen.

Im Hinblick auf die Datenweitergabe an Empfänger außerhalb des StMWi ist darauf hinzuweisen, dass die Verpflichtung dieser Stellen zur Verschwiegenheit über alle antragsbezogenen Tatsachen und Wertungen besteht. Personenbezogene Daten werden nur in Abstimmung mit Ihnen weitergegeben, und auch nur in den Fällen, in denen dies zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich ist, gesetzliche bzw. beihilferechtliche Bestimmungen dies gebieten oder das StMWi zur Erteilung einer Auskunft verpflichtet ist.

## Durch wen erfolgt die technische Bearbeitung Ihrer Daten?

Soweit Ihre Daten elektronisch verarbeitet werden, erfolgt der technische Betrieb unserer Datenverarbeitungssysteme durch:

Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung  
IT-Dienstleistungszentrum des Freistaats Bayern  
St.-Martin-Straße 47, 81541 München  
E-Mail: [poststelle@ldbv.bayern.de](mailto:poststelle@ldbv.bayern.de)  
Telefon: +49 89 2119-0

Zur Abwehr von Gefahren für die Sicherheit in der Informationstechnik können Protokoll-  
daten auf Grundlage von Art. 12 des Bayerischen E-Government-Gesetzes an das Lan-  
desamt für Sicherheit in der Informationstechnik weitergeleitet werden.

## Wie lange werden Ihre personenbezogenen Daten gespeichert?

Soweit erforderlich, werden Ihre personenbezogenen Daten für die Dauer der Beratung  
verarbeitet und gespeichert. Dabei ist zu beachten, dass die Beratung auch mehrere Jahre  
umfassen kann.

Darüber hinaus bestehen verschiedene Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die  
sich u. a. aus dem EU-Recht sowie nationalen Regelungen wie dem Kreditwesengesetz der  
Bayerischen Haushaltsordnung oder dem Bayerischen Archivgesetz ergeben. Die dort vor-  
gegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen bis zu 30 Jahren.

## Welche Datenschutzrechte haben Sie?

Nach der Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Aus-  
kunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein  
Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder  
Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten verlangen (Art. 17, 18 DSGVO) sowie  
Widerspruch gegen deren Verarbeitung einlegen (Art. 21 DSGVO).

Ausführlichere Informationen zu diesen Rechten erteilt Ihnen auch der bzw. die behördliche  
Datenschutzbeauftragte. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Lan-  
desbeauftragten für den Datenschutz. Diesen können Sie unter folgenden Kontaktdaten  
erreichen:

Postanschrift: Postfach 22 12 19, 80502 München  
Adresse: Wagnmüllerstraße 18, 80538 München  
Telefon: 089 212672-0  
Telefax: 089 212672-50  
E-Mail: [poststelle@datenschutz-bayern.de](mailto:poststelle@datenschutz-bayern.de)

## Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Sie sind nicht zur Bereitstellung von Daten verpflichtet. Allerdings können wir ohne die für eine Beratung erforderlichen Daten eine einzelfallbezogene Beratung nicht durchführen.